

übrig. Zudem wird auf den Nettokadepreis in diesem Jahr nur eine Mehrwertsteuer von 16 Prozent erhoben, im Jahr darauf werden es bereits 19 Prozent sein.

GESUNDHEITSPOLITIK

Deckel für üppige Chef-Gehälter
Künftig gelten bei Aufsichtsbehörden einheitliche Kriterien, um Vorstandsgelöhner von Kassenchefs zu prüfen. **6**

Hausärzte kämpfen weiter
In Brandenburg sind die Honorarverhandlungen gescheitert. Für morgen sind landesweite Proteste geplant. **7**

MEDIZIN

Stuhltests werden geprüft
Der Verein Düsseldorf gegen Darmkrebs prüft in einer Studie sechs verschiedene Stuhltests. **10**

Mittel gegen zuviel Eisen
Gegen eine Eisenaufladung bei häufiger Erythrozyten-Substitution helfen Eisenchelat-Bildner. **10**

WIRTSCHAFT

Vorsicht bei Dubai-Fonds!
 Geldanleger werden in Deutschland mit dem Versprechen von Traumrenditen in geschlossene Immobilienfonds gelockt, die in Dubai investieren. Dabei gibt es aber große Risiken. **13**

Aktien bleiben attraktiv
Welche Geldanlage lohnt sich im Jahr 2006? Ein Buch der „Fuchs-Briefe“ liefert dazu interessante Antworten. **13**

Beilagenhinweis: Einem Teil dieser Ausgabe liegt eine Beilage der Firma Neuro-Consil GmbH, Essen, bei.

ÄRZTE & ZEITUNG Postfach 20 02 51
Verlagsgesellschaft mbH 63077 Offenbach

Leser-Service: Tel.: (061 02) 50 60
Fax: (061 02) 50 61 77

Redaktion: Tel.: (061 02) 50 60
Fax: (061 02) 5 88 70

Verlag: Tel.: (061 02) 50 60
Fax: (061 02) 50 61 23

Internet: E-mail: info@aerztezeitung.de
Web: www.aerztezeitung.de
Paßwort: arztonline

ES-B
26091X
ZB MED

Legalisierung von Sterbehilfe
sungenheitsminister Jürgen
**gen Papier spricht sich
klar gegen eine Legali-
sierung aus.**

„Das Tötungstabu darf in unserer Gesellschaft nicht durchbrochen werden. Aber genau das könnte die Konsequenz einer Legalisierung der aktiven Sterbehilfe sein“, sagte Papier in der „Leipziger Volkszeitung“. „Eine Freigabe könnte zu einem Dammbruch führen“, warnte er, es bestehe die Gefahr eines Mißbrauchs. Zugleich werde der soziale Druck auf Ärzte und Patienten steigen.

Bundesärztekammer-Präsident Professor Jörg-Dietrich Hoppe hat



Hilfe am Lebensende ja, aktive Sterbehilfe nein: Für Ärzte steht dieser Standpunkt nicht zur Debatte. Foto: epd

KBV-Chef stellt Solidarprinzip in Frage

BERLIN (hak). KBV-Chef Dr. Andreas Köhler hat gefordert, mit einer GKV-Reform die ältere Generation in der Krankenversicherung stärker zu belasten als die jüngere.

„Vier Arbeitnehmer, die Beiträge zahlen, finanzieren derzeit einen Rentner, demnächst sind es drei. Das kann nicht mehr lange funktionieren“, sagte Köhler in einem Interview mit dem „Tagespiegel“. Langfristig sei es notwendig, mit unterschiedlichen Versicherungsstarifen zu arbeiten und innerhalb der Generationen Altersrückstellungen zu bilden.

Köhlers Meinung nach müßten dafür die Beiträge unabhängig vom Lohneinkommen, aber abhängig vom Krankheitszustand der Versicherten kalkuliert werden. „Der Arbeitgeberbeitrag muß fixiert, die Eigenverantwortung der Versicherten muß ausgedehnt werden“, so Köhler. Die private Krankenversicherung will der KBV-Chef dagegen erhalten. „Die PKV ist eine ganz wichtige Einnahmequelle für die Arztpraxen.“

Siehe auch Seiten 2 und 6

das Jahr 2005 als einen Wendepunkt in der öffentlichen Diskussion um Sterbehilfe in Deutschland bezeichnet. Er habe sich noch vor einem Jahr nicht vorstellen können, daß sich Politiker dafür einsetzen, das Verbot der aktiven Sterbehilfe aufzuheben, sagte

Angst um Jobs belastet viele Arzthelferinnen

Unterstützung für Proteste der Praxis

ZITTAU (msc). Die Angst um ihre Arbeitsplätze ist für viele Arzthelferinnen eine erhebliche Belastung im Arbeitsalltag. Darauf hat die Präsidentin des Berufsverbandes der Arzthelferinnen (BdA) Sabine Rothe in einem Gespräch mit der „Ärzte Zeitung“ hingewiesen.

Ein Problem seien nicht nur die Entlassungen, die es wegen der schwierigen wirtschaftlichen Lage in Arztpraxen gegeben habe. „Mindestens genauso belastend sind für die Betroffenen Änderungskündigungen, deren Umfang im vergangenen Jahr unsere schlimmsten Befürchtungen übertroffen hat.“ Viele Niedergelassene, vor allem in Facharzt-Praxen, hätten die Sprechzeiten eingeschränkt und deshalb auch die Arbeitszeiten ihrer Mitarbeiterinnen



BdA-Präsidentin Sabine Rothe ruft zu Protesten auf. Foto: sbra

per Telefon
ternet seit d
mit einer G
net 62 000
nommen vo
lediglich p
mit dem Z
der Sterbeh
per Änder
ziert: „Bei
Gehältern
einkommen
noch reiche
Die Schw
praxen seien
unverständ
der Gesun
werde mar
„Wir werd
Flagge zeig
uns nicht
sen.“ Sie